

10 Allianzen und Konflikte

Politische Akteur*innen, Interessenvertretungen und Nichtregierungsorganisationen haben immer wieder Interesse an einer besseren Datenlage zu Vermögen in Österreich geäußert (z.B. die Arbeiterkammer [Matzer und Snieder 2008] oder die politische Bewegung ATTAC¹). Sie stellen mögliche Alliierte dar, die Zahlen und Statistiken weitere Aussagekraft und Bedeutung verleihen, und sind notwendig, um sich gegen Gegner*innen von Erhebungen zu Vermögen in Österreich wehren zu können, die diese Aussagekraft und Bedeutung der vorhandenen Daten anzweifeln und weitere Erhebungen verhindern wollen.

10.1 Verbündete und Konflikte

Im Folgenden gehe ich beispielhaft auf einige der verbündeten Akteur*innen ein und zeige, wie sie den Erhebungen öffentlich fördernd zur Seite stehen, bevor ich mich den öffentlich geführten Konflikte widme. Seit 2004 haben in den Sozialberichten des *Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz* (BMASK) Studienergebnisse zu Vermögen und Vermögensverteilung in Österreich einen Platz gefunden. Im Sozialbericht 2003-2004 wurde die Kurzfassung einer Studie mit dem Titel »Vermögensbildung und Reichtum in Österreich«² veröffentlicht. Auch die Sozialberichte ab 2007³ greifen das

-
- 1 Quelle: <https://www.attac.at/news/details/serioese-steuerdebatte-benoetigt-transparenz-vermoegensdaten> (zuletzt zugegriffen März 2022).
 - 2 Auf Ersuchen des Sozialausschusses des Nationalrats, in Auftrag gegeben vom BMASK und durchgeführt vom Forschungsinstitut *Synthesis Forschung* (Quelle: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXII/III/III_00122/imfname_061347.pdf [zuletzt zugegriffen März 2022]).
 - 3 Für 2005-2006 liegt kein Sozialbericht vor.

Thema auf und bieten der OeNB die Möglichkeit, die Ergebnisse ihrer Erhebungen⁴ zu veröffentlichen. Dadurch erfahren die Erhebungen eine größere Aufmerksamkeit vonseiten verschiedener Print- und Onlinemedien und gelangen über Presseaussendungen und Auseinandersetzungen im Parlament auch in den Fokus der allgemeinen Öffentlichkeit. Üblicherweise nutzen Forscher*innen andere Publikationskanäle, z.B. Zeitschriften der OeNB (Geldpolitik & Wirtschaft, Daten und Analysen usw.), die keine solche Reichweite haben.

Um die Chance, veröffentlicht zu werden, aufrechtzuerhalten und weitere Alliierte für die eigene Forschung zu gewinnen, sind die Forscher*innen bemüht, die eigene Erhebung von anderen zu unterscheiden. Sie versuchen also, sich sowohl mit den abgedeckten Themen als auch mit Erhebungsart und Qualität von anderen Studien abzusetzen. Im Sozialbericht 2009-2010 stellen sie ihre Daten zum Beispiel denen der *Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung* (GFR) gegenüber, die zwar auch Auskunft über das Geldvermögen bietet, allerdings nicht auf Haushaltsebene. Deswegen sei sie für Fragen der Verteilung und Konzentration von Finanzvermögen ungeeignet (siehe Andreasch u.a. 2010, 254). Im selben Bericht gehen die Autor*innen auf die laufende Erhebung ein. Die Beschreibung des HFCS liest sich in weiten Teilen wie ein Werbetext.

»Die Erhebung wird im ganzen Euroraum nach den höchsten derzeit verfügbaren wissenschaftlichen Standards durchgeführt: Die Repräsentativität der HFCS-Daten wird hoch sein, da sowohl bei der Stichprobenziehung, als auch bei der Gewichtung, den Plausibilitätschecks und den Imputationsmethoden besondere statistische Sorgfalt angelegt wird [...].« (2010, 255)

Anschließend werden die Vorzüge des HFCS in sieben Punkten hervorgehoben. Der wichtigste Verbündete ist die *Europäische Zentralbank* (EZB) selbst. So hat der Rat der EZB am 18. September 2008 mit seiner Zustimmung zum Start des HFCS⁵ den Weg für die erste umfassende Vermögenserhebung in Österreich geebnet. Ohne diese europäische Initiative wäre die Erhebung zu

4 Zu nennen sind hier die Finanzvermögenserhebung im Sozialbericht 2007-2008, die Finanz- und Immobilienvermögenserhebung im Sozialbericht 2009-2010 und des HFCS im Sozialbericht 2011-2012.

5 Quelle: <https://www.ecb.europa.eu/press/govcdec/otherdec/2008/html/gc080919.en.html> (zuletzt zugegriffen März 2022).

Vermögen in Österreich in dieser Größe höchstwahrscheinlich nicht zustande gekommen.

Regelmäßig beklagen verschiedene Organisationen, z.B. die Arbeiterkammer Steiermark (Matzer und Snieder 2008) oder die Nichtregierungsorganisation ATTAC⁶, die schlechte Datenlage zu Vermögen in Österreich. Damit tragen sie dazu bei, das Thema immer wieder zu aktualisieren. Gehör verschaffen sich die Befürworter*innen auf unterschiedliche Weise. So kamen im Januar 2010 bei einer parlamentarischen Enquete von Expert*innen, Interessenvertretungen und Abgeordneten des Nationalrats zum Thema »Verteilungs- und Leistungsgerechtigkeit in Österreich« einige Fürsprecher*innen zusammen und argumentierten für eine bessere Datenlage durch umfassende Erhebungen.⁷ Besonders relevant sind diese Verbündeten, wenn es darum geht, die Ergebnisse der Erhebungen zu diskutieren, zu verbreiten und zu vertiefen, aber auch wenn es heißt, die Erhebungen und die Forscher*innen gegen Angriffe von Gegner*innen von Vermögensstudien zu verteidigen.

Erstmals sichtbar werden einige der Gegner*innen von Vermögenserhebungen im Juni und Juli 2010: In einer Reihe von Kommentaren in der Zeitung *Der Standard* spitzt sich der Konflikt um das Thema Erbschaftssteuer anhand der Frage der Zuverlässigkeit und Wissenschaftlichkeit der von der OeNB erhobenen Daten zu. Initiiert wurde diese offen ausgetragene Auseinandersetzung durch Gerald Johns Artikel, der den Titel trägt: »Für die Masse bleibt der Traum vom Erben unerfüllt«⁸. Unter Berufung auf die erste Veröffentlichung der Forscher*innen der OeNB (Fessler u.a. 2010) argumentiert John, dass nur ein kleiner und mit entsprechendem Freibetrag nur ein wohlsituerter Teil der österreichischen Bevölkerung von Erbschaftssteuern betroffen sei. Die Einnahmen demgegenüber würden trotzdem eine beträchtliche Summe ausmachen, da laut der Erhebung der OeNB »die obersten zehn Prozent der Erben beinahe genauso viel geerbt [haben] wie die restlichen 90 Prozent zusammen.« Gut zwei Wochen später veröffentlicht *Der Standard* eine Replik von

6 Quelle: <https://www.attac.at/news/details/serioese-steuerdebatte-benoetigt-transparenz-vermoegensdaten> (zuletzt zugegriffen März 2022).

7 Siehe z.B. die Wortmeldungen von Alois Guger oder Markus Marterbauer: http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/VER/VER_00003/fname_179581.pdf (zuletzt zugegriffen März 2022).

8 Quelle: <http://derstandard.at/1277337074132/Nationalbank-Studie-Fuer-die-Masse-bleibt-der-Traum-vom-Erben-unerfuellt> (zuletzt zugegriffen März 2022).

Clemens Wallner, damaliger wirtschaftspolitischer Koordinator der *Österreichischen Industriellenvereinigung*. Er setzt der Erhebung der OeNB die Vorjahreszahlen der Erbschaftssteuerstatistik 2007 entgegen.

»Die Behauptung, dass die ›obersten 10 Prozent‹ genauso viel erben würden wie die restlichen 90 Prozent gemeinsam, lässt sich bei einem Blick auf die Erbschaftssteuerstatistik ebenfalls nicht aufrechterhalten. So waren von den 67.853 Erbfällen des Jahres 2007 25.373 Immobilienfälle, bei denen die Bemessungsgrundlage unter 7.300 Euro lag. Oberhalb einer Wertgrenze von 219.000 Euro gab es hingegen insgesamt (Immobilien- und sonstige Erbschaften) nur 487 Fälle. Es zeigt sich also ganz klar, dass die große Zahl der Erbschaften und Schenkungen nicht bei den ›obersten 10 Prozent‹ anfällt, sondern in Bereichen mit niedrigeren Wertgrenzen. Darüber kann auch eine Umfrage der Nationalbank mit einem kreativen Sample von 2.000 Befragten nicht hinwegtäuschen.«⁹

An der Formulierung »kreativen Sample« zeigt sich die rhetorische Strategie des Autors, die Erhebung der OeNB generell infrage zu stellen. Im weiteren Verlauf des Artikels verschiebt Wallner das Thema von der Frage der Legitimität von Erbschaftssteuern hin zur Erhebung der OeNB und der Frage der Zuverlässigkeit und Aussagekraft der Daten. Dabei lässt er sich allerdings nicht auf eine Methodendebatte ein, sondern wählt einen anderen Ansatz:

»Es stellt sich die Frage, wie die Autoren der Umfrage zu Ergebnissen kommen, die sämtlichen Statistiken widersprechen. Bei OeNB-Experten Martin Schürz, der fast im Alleingang sämtliche Vermögensstudien Österreichs erstellt, drängt sich der Verdacht jedenfalls auf, nicht ganz ideologiefrei zu werken.« (Ebd.)

Wallner reduziert damit die Aussagekraft der Zahlen und Statistiken, indem er sie untrennbar mit der Person Martin Schürz verknüpft. Er ignoriert alle weiteren an der Studie beteiligten Forscher*innen und Organisationen sowie die methodischen und organisatorischen Spezifika der Erhebung.¹⁰ Seine weitere Taktik besteht darin, diese Modalität und im Besonderen Martin

9 Quelle: <http://derstandard.at/1277337948208/Kommentar-der-anderen-Erbschaftssteuer-Artenschutz-fuer-Ideologen> (zuletzt zugegriffen März 2022).

10 Seine Strategie setzt damit bei den Modalitäten der Aussagen, Zahlen und Statistiken an, wie im Kapitel zur *Modalität und das Argumentieren mit Zahlen und Statistiken* diskutiert.

Schürz anzugreifen und zu desavouieren, um darüber die Ergebnisse für null und nichtig zu erklären:

»So tritt Schütz [sic!] in öffentlichen Publikationen unter anderem für die Abschaffung von Konzernen ein. In einem Artikel vertritt er die Auffassung, dass Manager moderne Bankräuber seien, nur ohne MG. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion auf Ö1 vertrat Schürz die Auffassung, dass reiche Menschen einer Gesellschaft Gesundheitsprobleme bringen würden. Und im Rahmen einer anderen Podiumsdiskussion mit Presse-Wirtschaftsressortleiter Franz Schellhorn vertrat Schürz die Auffassung, dass die Erbschaftssteuer bei 100 Prozent liegen müsste, also beim Tod einer Person deren gesamtes Vermögen verstaatlicht werden müsste. Auch das sollten die Leser seiner Vermögensstudien wissen. Solche Ansichten mögen zwar politisch legitim sein, sollten aber nicht die Objektivität von Nationalbankstudien in einer politisch brisanten Debatte über Steuererhöhungen trüben.« (Ebd.)

Wallner eröffnet mit diesem thematischen Schwenk ein weiteres Themengebiet. Es geht nun nicht mehr nur darum, wofür die Zahlen der Immobilienvermögenserhebung stehen, sondern er wirft nun die Frage auf, was gute Forschung ausmache. Dabei verlässt er sich darauf, dass die Leser*innen mit ihm ein normativ-positivistisches Wissenschaftsbild teilen und Ideologie oder politische Einstellungen und Meinungen als mit guter Wissenschaft unvereinbar ansehen. Dieses Wissenschaftsbild wird von den Kommentator*innen, die sich in der weiteren Auseinandersetzung noch zu Wort melden, nicht infrage gestellt, auch wenn sie die Erhebung verteidigen.

Bruno Rossman, Berater des Grünen Parlamentsclubs und Finanzsprecher der Grünen (2006 bis 2008), dessen Replik auf Wallners Artikel auch in *Der Standard* veröffentlicht wurde, stellt die Ideologiefreiheit der Erhebung der OeNB nicht infrage, sieht aber methodische Probleme, die zu einer Unterschätzung der Vermögenskonzentration geführt hätten.

»Clemens Wallner zieht mit Zahlen der Erbschaftssteuerstatistik gegen eine Studie der OeNB ins Feld und ist damit in eine Falle getappt. Denn die Erbschaftssteuerzahlen des Finanzministeriums zeigen eine weit höhere Konzentration beim Erben als die OeNB herausfindet. Die vier reichsten Erben machten 2006 ein knappes Viertel des gesamten Erbschaftssteueraufkommens in Höhe von rund 102 Millionen Euro aus. Anstatt mit einer fehlerhaften Auswertung der Daten, in der die Zahl der Erbfälle mit den geerbten

Volumina verwechselt wird, hätte sich die Industriellenvereinigung still und leise bei der OeNB für deren ideologiefreie Studie bedanken sollen, weil die Notenbankforscher die Welt der Reichen weit verfehlt haben. Warum? Gegen die Studie – die in methodischer Hinsicht ›state of the art‹ ist – lassen sich dennoch bedeutsame Argumente anführen, die auf eine Unterschätzung der Vermögenskonzentration hinweisen.«¹¹

Methodisch merkt er an: Die Erhebung habe Geldvermögenswerte nicht berücksichtigt; die Forscher*innen seien bei der Bewertung der Wertsteigerungen zu konservativ vorgegangen; die Umfrage habe hohe Vermögen nicht erfasst; die Haushalte, die besonders häufig erben, seien auch nachträglich durch Imputation nicht berücksichtigt worden; Privatstiftungen und Wertedepots seien nicht erfasst worden und bei Umfragen würden Teilnehmer*innen das eigene Vermögen regelmäßig unterschätzen. Er kommt darüber zu einem ähnlichen Schluss wie schon Robert Misik:

»Die Studie der Österreichischen Nationalbank verharmlost geradezu die extreme Ungleichheit beim Erben. Eine rationale Debatte auf der Grundlage weiterer Daten zur ungleichen Verteilung von Vermögen ist daher notwendig. Um in dieser Debatte bestehen zu können, sollte die Industriellenvereinigung aber intellektuell aufrüsten.«¹²

Stellvertretend für die Erhebung und die OeNB bezieht Peter Mooslechner, Direktor der Hauptabteilung Volkswirtschaft in der OeNB, zu den Angriffen von Wallner und der Industriellenvereinigung unter dem bezeichnenden Titel »Für Ideologie ist da kein Platz« Stellung.¹³ Er argumentiert gegen den Ideologievorwurf, indem er die Produktionsbedingungen der Erhebung hervorhebt. Die Erhebung baue auf internationalen Standards auf; die Ergebnisse seien von einem renommierten Institut begutachtet worden; die Erhebung folge einem Ratsbeschluss der EZB und jeder Erhebungsschritt sei mit der EZB abgesprochen und von ihr kontrolliert worden.¹⁴

11 Quelle: <http://derstandard.at/1277338229516/Gruener-Rossmann-In-die-Falle-getappt> (zuletzt zugegriffen März 2022).

12 Ebd.

13 Quelle: <http://derstandard.at/1277338228980/Fuer-Ideologie-ist-da-kein-Platz> (zuletzt zugegriffen März 2022).

14 Nicht ohne eine gewisse Schadenfreude hebt er auch hervor, dass Wallner sich beim Lesen der Erbschaftssteuerstatistik in der Zeile geirrt haben müsse und gibt ihm den »Recherchetipp: Zeilenlineal«.

»Die OeNB-Studien erfolgen nach einer einheitlichen, von der EZB koordinierten Struktur und nach gemeinsamen wissenschaftlichen Qualitätskriterien. Für jeden einzelnen Schritt sind genaue Vorgaben einzuhalten und über jeden einzelnen Schritt der Erhebung muss gegenüber der EZB und den beteiligten Notenbanken Rechenschaft abgelegt werden – für Ideologie ist da kein Platz.

Nach internationaler Einschätzung zählt die Qualität unserer Methodik und Daten zu den besten im Eurosystem, sie reflektiert den höchsten derzeitigen wissenschaftlichen Standard. OeNB-Mitarbeiter/-innen bilden daher in methodischen Fragen Forscher/-innen anderer Notenbanken aus. Warum Erhebung und Faktendarstellung auf dieser Grundlage in Österreich problematischer sein sollten als in anderen Ländern, in denen die Notenbanken nach genau denselben Standards vorgehen, entzieht sich unserem Wissenstand. Tatsächlich sind die Ergebnisse (begutachtet vom renommierten DIW in Berlin) international auch nicht spektakulär. Sie entsprechen denen in Deutschland, der Schweiz und in den USA.

Erfassungs- und Bewertungsprobleme bei Immobilientransaktionen sind hinlänglich bekannt. International werden deshalb steuerstatistische Quellen zum Vermögen und zu Vermögenstransaktionen – mit Ausnahme von ganz wenigen Ländern, zum Beispiel in Skandinavien – nicht als verlässliche Quelle betrachtet. Steuerregisterdaten können Haushaltserhebungen nicht ersetzen, da diese etwa keine Informationen über den Haushalt und die darin lebenden Personen enthalten.«¹⁵

Während Mosslechner die Erhebung verteidigt, verliert er kein Wort zu den Angriffen auf Martin Schürz. Außerhalb von *Der Standard* hat sich, soweit mir bekannt ist, zu dieser Auseinandersetzung zwischen der OeNB und der Industriellenvereinigung nur die Bewegung ATTAC zu Wort gemeldet. Unter der Überschrift »Zeit, sich zu Wort zu melden! Transparente Vermögensdaten statt persönlicher Diffamierungen – Werdet aktiv!« startete sie eine Kampagne für freie Forschung zu Vermögen und Vermögensverteilung in Österreich. ATTAC argumentiert dabei, dass bei der Debatte über Verteilungsfragen lange Zeit die Daten zur Vermögensverteilung gefehlt hätten und diese nun erstmals auf wissenschaftlicher Basis von der OeNB erhoben worden seien. »Eine fundierte Verteilungsdebatte braucht verlässliche Daten – gerade jetzt! Es ist daher essenziell, dass die Erhebungen

15 Ebd.

weitergeführt werden.«¹⁶ Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, ruft ATTAC dazu auf, der Industriellenvereinigung eine E-Mail zu schicken. Einen Formulierungsvorschlag stellen sie ebenfalls zur Verfügung:

»Transparenz nur für Arme?

ad Kommentar der IV zu den Vermögensstudien der ÖNB im Standard vom 13. Juli 2010:

Die Angriffe der Industriellenvereinigung auf die Vermögensstudien der ÖNB sind selbstentlarvend: Während bei den sozial Schwächsten die »Transparenzdatenbank« zur Bedingung der Grundsicherung wird, bekämpfen die SuperReichen transparente Vermögensdaten. Aus Angst davor, dass die extrem hohe Konzentration von Vermögen bei einer kleinen Minderheit genau dokumentiert wird, schreckt die IV auch nicht vor persönlichen Angriffen auf Wissenschaftler zurück.

Eine seriöse Debatte über Vermögensbesteuerung braucht Transparenz – auch für Reiche. Die ÖNB-Studien müssen daher fortgeführt und der Öffentlichkeit gut aufbereitet zugänglich gemacht werden, damit auf wissenschaftlicher Basis Licht ins Dunkel der österreichischen Vermögensverteilung gebracht werden kann!¹⁷

Die Angriffe der Industriellenvereinigung konnten den HFCS nicht verhindern. Allerdings lieferten sie eine rhetorische Vorlage für weitere Kritik, auf die immer wieder problemlos zurückgegriffen werden kann. So auch Hans Rauscher, Kolumnist bei *Der Standard*, der im Februar 2012 einen Kommentar mit dem Titel »Gerechtigkeit als Kampfbegriff« veröffentlicht:

»Gerechtigkeit« wurde erfolgreich zum politischen Kampfbegriff. Die Idee, dass den einen einfach etwas weggenommen wird, um es den anderen zu geben ohne eine genaue Abwägung, ob das immer und überall »gerecht« oder auch »produktiv« ist – hat sich durchgesetzt. Die Tatsache, dass etwa die Einkommen in Österreich durch staatliche Transferleistungen sehr gleich verteilt sind, spielt in der Diskussion kaum eine Rolle. Sehr wohl aber, dass – nach zwei methodisch hinterfragbaren Studien* – die Vermögen sehr ungleich verteilt seien.

16 Quelle: attac.at/transparenz.html (zuletzt zugegriffen Sept. 2011, nicht mehr online).

17 Quelle: attac.at/transparenz.html (zuletzt zugegriffen Sept. 2011, nicht mehr online).

* Der Projektleiter dieser Studien, Martin Schürz, der kein Hehl aus seinen Umverteilungs-Überzeugungen macht, wurde kürzlich hier mit der Forderung nach einer 100-prozentigen Erbschaftssteuer zitiert. Genau sagte Schürz: Selbst Liberale wie John Stuart Mill seien für derlei eingetreten.«¹⁸

Er übernahm damit eins-zu-eins die Taktik, der Erhebungen der OeNB über einen Angriff auf einen der beteiligten Forscher ihre Aussagekraft absprechen zu wollen, wobei er dies als Methodenkritik ausgibt. Interessanterweise versuchten die Gegner*innen nie, die Zahlen und Statistiken so zu interpretieren, dass sie für ihre eigenen Zwecke nutz- und einsetzbar wurden. Sie überließen die Deutungshoheit komplett den Befürworter*innen von Vermögenserhebungen, die darüber debattierten, ob die Frage, wer wie viel erbt, positiv oder negativ, problematisch oder unproblematisch sei.

Neben den offenen Angriffen besteht eine weitere öffentlich beobachtbare Taktik der Gegner*innen darin, die Vermögenserhebungen der OeNB zu ignorieren. Auf die Veröffentlichungen der Ergebnisse im Sozialbericht 2009-2010 und des HFCS im Sozialbericht 2011-2012 reagierte die Industriellenvereinigung überhaupt nicht. Das zeigte sich auch in der parlamentarischen Auseinandersetzung zu den beiden Sozialberichten.¹⁹ So griffen Abgeordnete von Parteien, die der Industriellenvereinigung nahestehen, die Erhebung zwar nicht an, gingen aber auf die Ergebnisse auch mit keinem Wort ein. Aufgegriffen wurden die Ergebnisse vor allem von Abgeordneten der Partei der Grünen und der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ).

10.2 Positionierung und Rechtfertigung

Die Kritik an Vermögenserhebungen und besonders der offene Angriff auf die OeNB und auf Martin Schürz blieben nicht ohne Konsequenzen für die Forscher*innen und für die Folgeerhebungen. So reduzierte Martin Schürz nach

18 Quelle: <http://derstandard.at/1329870292119/Gerechtigkeit-als-Kampfbegriff> (zuletzt zugegriffen März 2022).

19 Siehe dazu die entsprechenden stenografischen Protokolle der Sitzungen zum Sozialbericht 2009-2010 (http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/NRSITZ/NRSITZ_0100/fname_215517.pdf) und zum Sozialbericht 2011-2012 (http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/NRSITZ/NRSITZ_00200/fname_312702.pdf; auf beide zuletzt zugegriffen März 2022).

den Angriffen für längere Zeit seine Publikationstätigkeit außerhalb des wissenschaftlichen Bereichs. Auch musste er, wie weiter oben erwähnt, seinen öffentlichen Vortrag bei der dritten Reichtumskonferenz als Privatmeinung auszeichnen. Auch bei den ersten Interviews für das hier vorgestellte Projekt machten sich die Nachwirkungen des Konflikts bemerkbar. So bat mich eine Interviewpartner*in, keine Tonaufnahmen zu machen. Sie*Er wolle das Gespräch eher informell führen, weil die Situation im Moment etwas angespannt sei und sie*er es vermeiden wolle, dass ein unbedachtes Wort an die Öffentlichkeit gerate (Interview 1, Zeile 10-18)²⁰. Eine Aufnahme ist, so meine Interpretation, gefährlicher als Notizen, die leichter in Abrede gestellt werden kann.

Im Verlaufe des Gesprächs kam die interviewte Person selbst auf den Angriff durch die Industriellenvereinigung zu sprechen. Darüber hinaus hatte ich im Verlauf des Interviews mehrmals den Eindruck, dass sie*er die Wissenschaftlichkeit der Erhebung besonders betonte, die auch Mooslechner in seinem Kommentar hervorgehoben hatte. So stand sie*er einmal auf und stellte sich neben einen hohen Stapel Papier, der die ausführliche Dokumentation des gesamten Erhebungsprozesses darstellen sollte. Um die Qualität der Erhebung hervorzuheben, verwies sie*er darauf, dass die Befragung computerunterstützt stattgefunden habe und das darüber jeder Schritt nachverfolgt und kontrolliert werden könne (Interview 1, Zeile 40-48).

Kontrolle und Transparenz wurden in diesem ersten Interview als notwendige Voraussetzungen für die Produktion verlässlicher und glaubhafter Zahlen und Statistiken genannt und als selbstverständlich präsentiert. Das überraschte mich in der Nachschau in zweifacher Weise: Erstens muss die interviewte Person davon ausgegangen sein, dass ich die Produktion zuverlässiger Zahlen und Statistiken mit Kontrolle und Transparenz verbinde. Zweitens muss sie vorausgesetzt haben, dass dies ein gangbarer Weg für Forscher*innen ist, Angriffen auf die Wissenschaftlichkeit der eigenen Arbeit zu begegnen und darüber die Konflikte aufzulösen. Sie*Er nahm wahrscheinlich sogar zurecht an, dass es eine Art geteiltes Wissen (Reckwitz 2002, 246) oder Verständnis (Schatzki 2002, 78) darüber gibt, wie belastbare Zahlen und Statistiken produziert werden. Dabei hat die interviewte Person (absichtlich oder unabsichtlich) ebenfalls dabei aufgeworfen, dass es nicht nur die Beiträge der Forscher*innen sind, die Objektivität, Repräsentativität, Aussagekraft und

20 Für dieses Interview steht deswegen auch keine Transkription sondern Notizen und ein Gedächtnisprotokoll zur Verfügung.

Bedeutung produzieren, sondern auch die Interviewer*innen, Geräte, Software und die öffentliche Auseinandersetzung.

Die politisch angespannte Situation hat die Handlungsmöglichkeiten der Forscher*innen (z.B. Veröffentlichungen) aber nicht nur eingeschränkt, sondern auch gewisse weitere Handlungen und Praktiken der Forscher*innen erzwungen und mitgeformt, wie z.B. die genaue Dokumentation aller Tätigkeiten und Entscheidungen. Gleichzeitig betone dieser Konflikt die hohe Bedeutung von Forschung. So könnten die erhobenen Daten für Analysen zu sozialer Gleichheit und Ungleichheit genutzt werden. Allerdings müsse das aufgrund der aktuellen Situation von der wissenschaftlichen Gemeinschaft übernommen werden (Interview 1, Zeile 50-54).

Die Wissenschaftler*innen sind also dazu gezwungen, sich zum Konflikt zu verhalten und teilweise sogar, sich zu positionieren. Verhandelt wird nicht weniger als die Frage, was gute Wissenschaft auszeichnet. Die verschiedenen Positionen und Sichtweisen lassen sich anhand des öffentlich ausgetragenen Konflikts gut nachzeichnen. So wurde ein bestimmtes Bild von Wissenschaft (re-)produziert. Abbildung 6 illustriert die eingenommenen und nicht eingenommenen Positionen innerhalb dieses Konfliktes mithilfe von Clarkes *positional map*.

Es dominiert ein Bild von Wissenschaft, in dem es keinen Platz für politische Einstellungen und/oder Ideologien auf Seiten der Forscher*innen geben kann und darf. Während die Gegner*innen der Erhebungen auch in Abrede stellen, dass durch die Art, wie die Erhebungen durchgeführt werden, mögliche ideologische Einflussnahmen ausgeschlossen werden können, baut die Verteidigung der Erhebungen der OeNB auf diese Möglichkeit auf. Diese Verteidigung stellt damit die Aussage nicht infrage, dass politische Einstellungen und Ideologien in Wissenschaften keine Rolle spielen sollten, sondern plädiert dafür, diese unter Kontrolle zu halten. Die Position, dass politische Einstellungen und/oder Ideologien für gute Wissenschaft notwendig sein könnten, wurde in der Auseinandersetzung nicht eingenommen. Genau so wenig wie die Position, dass ohne politische Einstellung und/oder Ideologie keine gute Wissenschaft möglich ist. In diesem öffentlich reproduzierten Bild von Wissenschaft gibt es keinen Platz für politisch und sozial interessierte und engagierte Forscher*innen. Es wird ein recht einseitiges Verhältnis von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zu Wissenschaft etabliert. Nur eine Seite darf Bedeutendes sehen und festlegen, was sozial, politisch oder wirtschaftlich

und genutzt werden. Dies ist nicht nur angebracht, sondern notwendig. Denn was diese Perspektive aus der Wissenschaftsforschung mit den Gegner*innen der Vermögensstudien teilt, ist die Überzeugung, dass die an der OeNB-Erhebung beteiligten Forscher*innen (als auch Aktanten und Praktiken) aus ihren spezifischen sozialen, politischen oder ideologischen Perspektiven heraus Wissenschaft betreiben. Was diese Position von den Gegner*innen allerdings fundamental trennt, ist, dass dies für alle Beteiligten gilt, auch für die Gegner*innen, die Befürworter*innen, die Vertreter*innen dieser Perspektive auf Wissenschaft und auch für den Autor dieses Buchs. Alle agieren aus bestimmten sozialen, politischen und ideologischen Positionen heraus, nur wird dies selten reflektiert und offengelegt. Auch die erwähnten Versuche, den möglichen Einfluss von politischen Einstellungen und Ideologien auf die Zahlen und Statistiken durch Kontrolle zu eliminieren, ist deswegen notwendigerweise zum Scheitern verurteilt. Dies stellt gerade einmal ein Verschieben hin zu bestimmten Praktiken und Aktanten, z.B. Erhebungs- und Auswertungsmethoden wie Zufallsstichprobe, Gewichtung, arithmetische Mittel, dar, die allerdings auch von ihren eigenen spezifischen politischen und ideologischen Geschichten und Genealogien geprägt sind (Porter 1996; Desrosières 2005). In beiden Fällen, dass Ideologie nur bei anderen gesehen wird und das Verschieben hin zu anderen Praktiken und Aktanten, führt dies dazu, dass die Situiertheit der Wissenschaftler*innen, Methoden, Zahlen und Statistiken zwar weiterhin gegeben ist aber nicht thematisiert wird und dass diese Situiertheit beim Arbeiten mit den Zahlen und Statistiken und der Frage, wofür diese stehen, letztendlich nicht angemessen berücksichtigt wird.

